

Pressedienst der Steuerberaterkammer Nürnberg

Was kostet der Gang zum Steuerberater? – Die Steuerberatergebührenverordnung schafft einen sicheren Rahmen!

Mehr als 80.000 Steuerberater und Steuerberaterinnen erbringen bundesweit professionelle Beratungsleistungen für Unternehmen und Privatleute. Die Tätigkeit als Steuerberater setzt eine umfassende Aus- und ständige Weiterbildung sowie eine anspruchsvolle staatliche Prüfung voraus. Das sichert die hohe Beratungsqualität, die der Mandant zu Recht von seinem Steuerberater erwartet. Für die angemessene Vergütung dieser Leistungen gibt eine gesetzliche Gebührenverordnung den Rahmen vor. Die Steuerberatergebührenverordnung wurde vom Bundestag als Gesetz erlassen und ist seit 01.01.2007 in neuer Fassung in Kraft getreten.

Gebührenordnung – warum?

Die Steuerberatergebührenverordnung dient nach dem Willen des Gesetzgebers vor allem dem **Verbraucherschutz**. Sie sorgt für Transparenz, da sie festschreibt, wie das Honorar für jede einzeln bezeichnete Leistung zu ermitteln ist. Da alle Einzelleistungen in der Rechnung aufgeführt werden müssen, kann der Mandant deutlich ersehen, welche Arbeitsleistungen der Steuerberater erbracht hat und wie sich das Gesamthonorar zusammensetzt. Damit erlaubt die Steuerberatergebührenverordnung eine umfassende Kostenkontrolle. Schließlich ermöglichen es die Regeln der Gebührenverordnung, dass die Rechnung eines Steuerberaters durch den Mandanten, aber auch durch Gerichte und Kammern auf ihre Richtigkeit hin kontrolliert werden kann. Unerfahrene Verbraucher (§ 13 BGB) werden zudem dadurch geschützt, dass für ein erstes Beratungsgespräch keine höhere Gebühr als 180,00 € gefordert werden darf.

In welchen Fällen gilt die Steuerberatergebührenverordnung?

Die Steuerberatergebührenverordnung bezieht sich auf die Steuerberatung im engeren Sinne. Was dazu gehört, ist in § 33 des Steuerberatungsgesetzes eindeutig geregelt: Es sind die Beratung und Vertretung in Steuersachen, die Bearbeitung von Steuerangelegenheiten und die Hilfeleistungen bei der Erfüllung steuerlicher Pflichten. Weitere Leistungen des Steuerberaters können zum Beispiel die Tätigkeit als Gutachter, Sachverständiger, Treuhänder oder Testamentsvollstrecker und auch die betriebswirtschaftliche Beratung sein.

Für diese so genannten „vereinbaren Tätigkeiten“ gibt es teilweise spezielle gesetzliche Regelungen, teilweise müssen diese Leistungen individuell vereinbart werden.

Wie wird die Vergütung berechnet - welche Kriterien gelten für die Ermittlung der Gebühren?

Grundsätzlich richten sich die zu errechnenden Gebühren gemäß der oben genannten Gebührenverordnung nach vier Kriterien:

- der Bedeutung der Angelegenheit, des steuerlichen Vorganges
- dem Umfang der zu erledigenden Arbeiten und
- der Schwierigkeit der zu bewältigenden Aufgaben und
- den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des Mandanten

Daneben kann in bestimmten Fällen das Haftungsrisiko des Steuerberaters zu berücksichtigen sein.

Es gibt die Unterscheidung in **Wertgebühr** und **Zeitgebühr**. Die erstere richtet sich - vereinfacht gesagt - nach der Höhe der steuerrelevanten Summe, die Gegenstand der Bearbeitung ist und wird nach den Tabellen A bis E der Steuerberatergebührenverordnung berechnet. Die Anwendung der Zeitgebühr von 19 Euro bis 46 Euro je angefangene halbe Stunde ist auf eine geringe Anzahl von Tatbeständen beschränkt, die in der Gebührenverordnung einzeln aufgezählt sind.

Neben den Gebühren hat ein Steuerberater bzw. eine Steuerberaterin auch Anspruch auf Auslagenersatz. Das sind vor allem Entgelte für Porto- und Telekommunikationsdienstleistungen sowie zum Beispiel Auslagen für umfangreiche Schreibarbeiten und eventuell erforderliche Reisekosten.

In besonderen Fällen, z. B. bei einem extrem hohen Schwierigkeitsgrad der zu bearbeitenden steuerlichen Angelegenheit, kann der Berater auch eine von der Steuerberatergebührenverordnung abweichende Vergütung mit seinem Mandanten vereinbaren. Eine derartige Vereinbarung muss jedoch schriftlich getroffen werden, um Auseinandersetzungen vorzubeugen. Auch gibt es die Möglichkeit einer Pauschalierung der Gesamtleistungen, wenn der Arbeitsumfang ebenfalls schriftlich definiert wird.

Fazit

Die Gebührenverordnung schafft sichere Rahmenbedingungen für Mandanten und Steuerberater. Die Vorausberechnung der zu erwartenden Gebühren fällt dem Laien dennoch oftmals schwer - dazu ist die Steuermaterie zu kompliziert. Ihr Steuerberater informiert Sie gern. Außerdem sind Informationen zu den Leistungen des Steuerberaters und

der Vergütung auf der Internetseite der Steuerberaterkammer Nürnberg unter www.stbk-nuernberg.de zu finden.

Nachfolgend einige Beispiele, die den Berechnungsmodus für steuerliche Beratungsleistungen aufzeigen:

Beispiel 1: Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte

Für den Antrag auf Lohnsteuerermäßigung (Antrag auf Eintragung von Freibeträgen auf der Lohnsteuerkarte) erhält der Steuerberater 1/20 bis 4/20 einer vollen Gebühr nach Tabelle A. Die Gebühr bemisst sich nach dem Gegenstandswert der Angelegenheit. Gegenstandswert ist der voraussichtliche Jahresarbeitslohn, mindestens 4.500 € .

Jahresarbeitslohn = Gegenstandswert	20.000 €
Gebühr 1/20 bis 4/20	32,30 € bis 129,20 €

Beispiel 2: Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

Für die Ermittlung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erhält der Steuerberater 1/20 bis 12/20 einer vollen Gebühr nach Tabelle A. Der Gegenstandswert ist der jeweils höhere Betrag, der sich aus der Summe der Einnahmen oder der Werbungskosten ergibt, jedoch mindestens 6.000 €.

	Fall 1	Fall 2	Fall 3
Mieteinnahmen	20.000 €	10.000 €	5.000 €
Werbungskosten (Schuldzinsen, AfA usw.)	15.000 €	15.000 €	5.000 €
Einkünfte	5.000 €	- 5.000 €	0 €
Gegenstandswert	20.000 €	15.000 €	6.000 €
Gebühr 1/20 bis 12/20	32,30 € bis 387,60 €	28,30 € bis 339,60 €	16,90 € bis 202,80 €

Beispiel 3: Gewinnermittlung

Der Steuerberater ermittelt den Gewinn bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, eines Gewerbebetriebes oder bei Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit als Überschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben. Er erhält dafür 5/10 bis 20/10 einer vollen Gebühr nach Tabelle B. Gegenstandswert ist der jeweils

höhere Betrag, der sich aus der Summe der Betriebseinnahmen oder der Summe der Betriebsausgaben ergibt. (§ 25 Abs. 1 StBGebV)

	<i>Fall 1</i>	<i>Fall 2</i>
<i>Betriebseinnahmen</i>	250.000 €	250.000 €
<i>Betriebsausgaben</i>	200.000 €	300.000 €
<i>Gegenstandswert</i>	250.000 €	300.000 €
<i>Gebühr 5/10 bis 20/10</i>	245,50 € bis 982,00 €	257,00 € bis 1.028,00 €